Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 02. März 2004 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:
Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank (ab Ziff. 1 Buchst. A)
Stadträtin Schwab (ab 18.05 Uhr; Ziff. 2 Buchst. B a)
Stadträtin Stocker
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein
SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel (ab 19.05 Uhr; Ziff. 2 Buchst. D a)
Stadtrat Mahlmeister
UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt
FBW-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp
ÖDP-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Amtsrätin Erdel
Dipl.-Ing. Lepelmann
Amtfrau Hartmann
Dipl.-Ing. Rützel
Oberamtsrat Schwarz

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Heisel
Stadtrat Heisel

Stadtrat Straßberger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Oberbürgermeister Moser an die schlechte Haushaltslage, die sich aufgrund eines Gewerbesteuereinbruchs ergeben hat. Er bittet um gerechte Kürzungen und bittet um Beachtung, dass in bereits vorhandene Strukturen nicht zu tiefe Einschnitte gemacht werden. Auch soll das Allgemeinwohl nicht darunter leiden.

1. Beratung der Haushalte 2004 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung 2003 – 2007)

A) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht zunächst auf die vorläufig Abwicklung des Haushalts 2003 ein, hier auf die Ausgangslage, das vorläufige Ergebnis und dessen Auswirkungen auf die Schulden bzw. Rücklagen. Danach erläutert er das Volumen des Haushalts 2004 und der Finanzplanung 2003 – 2007.
Nach den Ausführungen zum Haushalt 2004 allgemein, gibt er einen kurzen Überblick über das Investitionsprogramm 2003 – 2007. Er zeigt in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Gewerbesteuer seit 1996 und die Entwicklung der Zuführung zum Vermögenshaushalt von 2003 – 2007 auf.
Als nächstes berichtet er über den Stand der Schulden und Rücklagen und informiert über die allgemeine Entwicklung der Finanzen bei den bayerischen Kommunen.
Abschließend analysiert er die Finanzsituation der Stadt im Jahr 2004 und in den Folgejahren 2005 – 2007.
Am Schluss seiner Ausführungen legt er noch einmal die finanzpolitischen Ziele (Haushaltskonsolidierung weiterführen und Schuldenaufnahmen und Rücklagenentnahmen möglichst gering halten) dar. Er stellt fest, dass die Finanzlage noch geordnet ist, da der gesetzliche Haushaltsausgleich und auch die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahr 2007 in der mittelfristigen Finanzplanung noch gegeben ist. Er begründet dies mit der noch möglichen Entnahme der nötigen Beträge für die Schuldentilgung aus dem vorhandenen Rücklagenstand und dass der Schuldenstand weitere Kreditaufnahmen zur Teilfinanzierung der Investitionen und zum Haushaltsausgleich zulässt.
Abschließend erinnert er noch einmal daran, dass insbesondere der Verwaltungshaushalt konsolidiert werden muss, um der Mindestzuführung wieder näher zu kommen. Er erläutert, dass dazu aber die nötigen Ausgabeneinsparungen nicht ausreichen werden, sondern dringend Einnahmeverbesserungen in erheblichem Umfang nötig sind.

Der ausführliche Bericht von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer liegt diese Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

B) Stadtrat Weiglein bezieht sich auf den enormen Anteil von Personalausgaben im Verwaltungshaushalt und stellt fest, dass hier hohe Einsparungen erzielt werden können.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stimmt dem zu, stellt aber klar, dass Personaleinsparungen auch einen Leistungsabbau bedeuten und sozial verträglich sein müssen (natürliche Fluktuation ausnutzen).
Stadtrat Müller beantragt in diesem Zusammenhang eine Bestandsliste über das Personal der Stadt Kitzingen bis zu den Beratungen des Verwaltungshaushaltes.
Dies wird seitens der Verwaltung zugesagt.
Bgm. Böhm fragt nach dem Zuschusssatz für die Nordtangente BA I.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erwidert, dass zur Zeit die Zuschüssen mit 70 % eingestellt worden sind.

2. Beratung des Investitionsprogramms 2004 mit Finanzplanung 2003 – 2007

A) Einzelplan 0

a) Hst. 0000.3454 – Verkauf altes Dienstfahrzeug des Oberbürgermeisters

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer berichtet, dass bei Hst. 0000.3454 ein Ansatz in Höhe von 3.000 € in den Haushalt 2004 eingestellt wird, da das alte Dienstfahrzeug des Oberbürgermeisters veräußert worden ist und die Einnahmen hier verbucht werden.
Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) Hst. 0600.9450 – Umbau Stadtpost für Bauamtszwecke

Die UsW stellt hierzu den Antrag, die freien Räumlichkeiten der Stadtpost zu vermieten oder als Ersatz für angemietete Räume heranzuziehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet, dass seitens der Verwaltung dem Unternehmen Fielmann diese Räume angeboten worden sind. Es sei aber auch noch abschließend zu prüfen, ob die Räume durch die Verwaltung selbst genutzt werden sollten (für publikumsintensive Einrichtungen).
Stadtrat Müller bittet um die Vorlage eines Beschlussentwurfes bezüglich einer Fremdvermietung dieser Räume.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, verwaltungsinterne Überlegungen anzustellen und bis Ende April dieses Jahres eine Beschlussvorlage zu fertigen.
Stadträtin Wallrapp regt an, einen „runden Tisch“ mit Vertretern der Fraktionen bzw. Gruppen zu terminieren, um über dieses Problem zu diskutieren.

c) Hst. 0600.9452 – Erneuerung Aufzug, Neugestaltung Haupteingang

Die FBW beantragt, auf die Erneuerung des Aufzuges zu verzichten.
Die CSU will die Erneuerung des Aufzugs auf das Notwendigste reduzieren und publikumswirksame Büroräume vom Altbau in den Neubau umsiedeln.
Die UsW beantragt die Zurückstellung der Maßnahme Aufzugerneuerung in die mittelfristige Finanzplanung

Stadtrat Konrad, Senioren- und Behindertenbeirat, betont noch einmal die Notwendigkeit eines behindertengerechten Aufzuges und ist auch mit einer Verschiebung der Maßnahme einverstanden. Er besteht aber darauf, die Maßnahme trotzdem fest einzuplanen.
Aufgrund der entstehenden Diskussion schlägt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer vor, für einen eventuellen Einbau eines behindertenfreundlichen Aufzugs 150.000 € in den Finanzplanungsrest (2008 ff) einzustellen, während die verbleibenden 100.000 € Haushaltsausgaberest für die Instandhaltung des Aufzuges, für ein Behinderten-WC und die Renovierung des Einwohnermeldeamtes bzw. des Haupteingangs herangezogen werden. 150.000 € aus Haushaltsausgaberesten sind erspart und werden in Abgang gestellt.
Oberbürgermeister Moser sagt auch zu, seitens der Verwaltung nochmals auf den TÜV zuzugehen, um die notwendige Sanierung gegebenenfalls noch einmal hinauszuzögern.

- Mit 22 : 3 Stimmen –

Bei Hst. 0600.9452 werden für das Jahr 2004 100.000 € (Haushaltsausgaberest) für die Instandhaltung des Aufzuges, für ein Behinderten-WC und die Renovierung des Einwohnermeldeamts bzw. Haupteingangs eingestellt. In den Finanzplanungsrest (2008 ff) werden 150.000 € eingestellt (für die eventuelle Errichtung eines behindertenfreundlichen Aufzugs).

d) Hst. 0601.9350 – Austausch von Rechnern/Bildschirmen/Drucker

Die CSU und die KIK möchten die Notwendigkeit des Austausches von Rechnern usw. überprüft wissen (Ansatz 2004 in Höhe von 55.000 €).

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung – SG 12 – wird Kenntnis genommen.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt vor, den Ansatz 2004 unverändert zu belassen und dafür klarzustellen, dass ab dem Jahr 2005 nur noch 20.000 € jährlich bereitgestellt werden.

Damit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B) Einzelplan 1

a) Hst. 1300.9352 – Maschinen und Ausrüstungsgegenstände für die FFW

Sowohl die CSU als auch die KIK beantragen eine Erläuterung des Ansatzes für 2004 in Höhe von 15.000 € und möchten den Ansatz um 5.000 € gekürzt haben.

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist noch darauf hin, dass auch hier die Ansätze in den Jahren 2005 – 2007 eingehalten werden müssen (jeweils 10.000 €) und in diesen Jahren keine Erhöhung vorgenommen wird.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen. Es bleibt beim Ansatz 2004 in Höhe von 15.000 €.

b) Hst. 1300.9357 – Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen

Stadtrat Schmidt, Feuerwehrreferent, möchte wissen, in welchen Jahren welche Mittel für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen eingestellt sind.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Jahr 2004 170.000 € (LF 10/6), im Jahr 2005 340.000 € (LF 24/50) und im Jahr 2006 320.000 € (RW II) für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen eingestellt sind.
Oberamtsrat Schwarz erläutert anschließend, wie wichtig die Ersatzbeschaffung des Wasserwagens ist. Die Freiwillige Feuerwehr ist damit einverstanden, die Beschaffung des Wasserwagens noch einmal um 1 Jahr auf 2005 zu verschieben. Er bittet allerdings darum, dass die Ausschreibung bereits in diesem Jahr erfolgen kann, um die Zuschüsse zu sichern. Die Anschaffung soll dann erst in 2005 erfolgen.
Hiermit besteht Einverständnis.
Stadträtin Schwab vertritt anschließend die Auffassung, dass nicht immer Neubeschaffungen erforderlich seien. Es werde zu prüfen sein, ob gegebenenfalls auch eine andere Lösung (gebrauchtes Fahrzeug) möglich sei.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

C) Einzelplan 2

a) Allgemeiner Antrag

Die CSU beantragt eine jährliche Schulbegehung mit dem Stadtrat vor Beginn der Haushaltsberatungen.

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend Kenntnis genommen.
Amtsrat Hartner schlägt vor, im Monat Juni / Juli die Schulbegehung zu terminieren, an der die Damen und Herren des Stadtrates eingeladen werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Hst. 2121.9350 – D.-Paul-Eber-Schule; Ersatz von Tischtennisplatten

Die CSU beantragt die Streichung der Mittel in Höhe von 3.000 € für die Ersatzbeschaffung von Tischtennisplatten.

Die Verwaltung schlägt vor, die Beschaffung der Tischtennisplatten in das Jahr 2006 zu verschieben und noch einmal abzuklären, ob die Platten überhaupt noch erforderlich sind bzw. ob die Schule sich an den Kosten beteiligt (Elternbeirat, Sponsoren).

Hiermit besteht Einverständnis.

c) 2121.9351 – D.-Paul-Eber-Schule; Ersatz für Schulmöbel und Brennofen

Die CSU will die Dringlichkeit der Beschaffung eines Brennofens und eine mögliche gemeinsame Nutzung mit anderen Schulen überprüft haben.
Die KIK beantragt ebenfalls die Überprüfung der Notwendigkeit in Bezug auf die Ersatzbeschaffung von Schulmöbeln und des Brennofens.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den Ansatz für den Brennofen zu streichen (Mitbenutzung des Brennofens in der Siedlungsschule), die Mittel für die Ersatzbeschaffung von Schulmöbeln allerdings beizubehalten.

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Bei Hst. 2121.9351 wird der Ansatz für den Ersatz des Brennofens in Höhe von 5.000 € in 2004 gestrichen. Die Mittel für die Ersatzbeschaffung von Schulmöbeln im Jahr 2004 in Höhe von 4.500 € bleiben bestehen.

d) 2121.9356 – D.-Paul-Eber-Schule; Schulausstattung Pauschale

Stadtrat Müller fragt nach, für welche Ausgaben der Ansatz bei Hst. 2121.9356 in Höhe von 3.600 € herangezogen wird.
Amtfrau Hartmann erläutert, dass diese Mittel für Ersatzbeschaffungen aufgrund Verschleißerscheinungen zur Verfügung stehen (z.B. OHP).
Stadtrat Weiglein bittet darum, den Ansatz bei den Schulleitungen zu hinterfragen.

Aufgrund der entstehenden Diskussion schlägt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer vor, den Pauschalansatz für Schulausstattung, der bei allen Schulen vorhanden ist, ab dem Jahr 2004 generell um 50 % zu reduzieren.

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Die Pauschalansätze für Schulausstattung werden bei allen städtischen Schulen ab 2004 jeweils um 50 % gekürzt. Die neuen Ansätze lauten wie folgt:

2111.9356	2.550 € jährlich
2112.9356	2.050 € jährlich
2121.9356	1.800 € jährlich
2122.9356	1.800 € jährlich
2431.9356	1.800 € jährlich

e) Hst. 2122.9350 – Hauptschule Siedlung; 1. Hilfe, Vernetzung der Klassenzimmer

Die CSU und die KIK beantragen die Streichung des Ansatzes (5.000 €) für die Vernetzung der Klassenzimmer und erwarten eine Begründung des Ansatzes von 1.700 € für 1. Hilfe.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen (Ambu-Mann für Erste Hilfe nötig, Vernetzung wurde schon 2003 verschoben).

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass laut Lehrplan der 1.-Hilfe-Unterricht an den Schulen Pflicht ist. Sie bittet um eine gemeinsame Nutzung des „Ambu-Mann“ für alle Schulen.
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene teilt noch mit, dass der Ansatz für die Vernetzung der Klassenzimmer laut Auskunft von Stadtrat Heisel gestrichen werden kann.
Oberbürgermeister Moser regt an, bezüglich der Vernetzung der Klassenzimmer in der morgigen Sitzung noch einmal zu diskutieren, da dann Stadtrat Heisel anwesend sein wird und nähere Auskunft geben kann.

Hiermit besteht Einverständnis. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

f) Hst. 2201.9410 – Realschule; Baufeldfreimachung

Die UsW beantragt die Einforderung der Altlastenbeteiligung der Fa. Schenkel (100.000 €).
Oberbürgermeister Moser bittet dies in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Hiermit besteht Einverständnis.

g) 2431.9352 – Friedrich-Bernbeck-Schule; Neueinrichtung Lehrbüro

Die CSU und KIK erwarten eine Begründung über die Notwendigkeit der Erneuerung der TV-Räume I und II sowie die Neueinrichtung des Lehrbüros.

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen. Zusätzlich regt die Verwaltung an, die Mittel für die Neueinrichtung des Lehrbüros in Höhe von 20.000 € in 2006 zu verschieben und im Jahre 2004 lediglich eine Pauschale von 1.000 € zu belassen.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Mittel in Höhe von 20.000 € - Neueinrichtung Lehrbüro - werden von 2004 in das Jahr 2006 verschoben. Im Jahre 2004 verbleibt ein Ansatz von 1.000 € (Pauschale).

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

Der Oberbürgermeister unterbricht die Sitzung von 18.50 Uhr bis 19.00 Uhr.

D) Einzelplan 3

a) Hst. 3200.9359 – Museum; Beschaffung von Museumsgut
Hst. 3200.9450 – Museum; Umbau und Sanierung des Gebäudes
Hst. 3200.9451 – Museum; Mieten, Transportkosten während Umzug

Die UsW beantrag zu Hst. 3200.9359 die Verschiebung der Mittel in Höhe von 150.000 € von 2004 und 2005 auf 2006.
Die FBW beantragen, nur die notwendigsten Renovierungsarbeiten durchzuführen und das Gebäude anderweitig zu nutzen (Hst. 3200.9369, 3200.9450, 3200.9451).
Die CSU möchten die künftige Nutzung nochmals überprüft haben (z.B. Archiv / Musikschule) und beantragen die Verlängerung der Zuschlagsfrist für die Abbrucharbeiten für 2 Monate (Hst. 3200.9450).
Die KIK will die generelle Durchführung des Projektes Museum / Archiv überdenken (Hst. 3200.9450).

Amtsrat Hartner geht auf die aktuelle Beschlusslage ein und legt die Zuschusssituation dar und empfiehlt seitens der Verwaltung die konsequente Fortführung der Maßnahme.
Stadträtin Dr. Endres-Paul betont, wie wichtig die Weiterführung des Projektes und die Umsetzung des Konzeptes ist.
Stadtrat Weiglein betont, dass die CSU-Fraktion nicht die Absicht hat, das Projekt zu stoppen. Die CSU ist sich der dringenden Notwendigkeit der Sanierung des Gebäudes bewusst. Die Verwaltung soll prüfen, ob eine Nutzung Archiv – Musikschule möglich ist. Das Museum soll ihrer Meinung nach nicht in dem geplanten Umfang entstehen.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass diese Möglichkeit bereits vor einiger Zeit geprüft worden ist und aufgrund des notwendigen Raumbedarfs der Musikschule nicht umgesetzt werden konnte. Er stellt auch klar, dass die bestehenden Planungen komplett überarbeitet werden müssen.
Stadtrat Rank bittet um eine Aufstellung, welche Kosten eine Umplanung verursacht und welche Auswirkungen dies auf die Zuschusssituation hat. Wenn die Erkenntnis vorliegt, dass die Unterbringung der Musikschule nicht möglich ist, wird die bestehende Planung weiterverfolgt.

- Mit 27 : 0 Stimmen –

Der Antrag von Stadträtin Stocker auf Beendigung der Diskussion wird angenommen.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, dass die für das Jahr 2004 eingestellten Mittel zunächst im Haushalt bestehen bleiben müssen, da noch keine anderen Zahlen vorliegen. Er sagt aber zu, dass die mögliche Unterbringung der Musikschule in das Gebäude Landwehrstraße 23 innerhalb der nächsten 2 Monate geprüft und eine Vergleichsberechnung unter Einbeziehung der Folgekosten durch das Bauamt erstellt wird. Die mögliche Einlagerung des Museumsgutes wird miteinbezogen. Ebenso wird die Zuschusssituation noch einmal überprüft.

- Mit 14 : 13 Stimmen –

Die im Haushalt 2004 enthaltenen Ansätze bei den Hst. 3200.9359, 3200.9450, 3200.9451 werden zunächst beibehalten.
Eine mögliche Unterbringung der Musikschule in das Gebäude Landwehrstraße 23 wird innerhalb der nächsten 2 Monate geprüft.
Eine Vergleichsberechnung wird durch das Bauamt / Hauptamt erstellt unter Einbeziehung der Folgekosten .
Die mögliche Einlagerung des Museumsgutes wird miteinbezogen, ebenso ist die Zuschusssituation noch einmal zu überprüfen.

Stadtrat Popp stellt den Antrag, das Projekt einzustellen.

- Mit 2 : 25 Stimmen –

Der Antrag von Stadtrat Popp auf Einstellung des Projektes, wird abgelehnt.

b) Hst. 3200.9369 – Museum; Einrichtungsgegenstände

Die UsW beantragt die Verschiebung der Mittel in Höhe von 150.000 € von 2004 und 2005 auf 2006.
Nach eingehender Diskussion schlägt die Verwaltung vor, im Jahr 2005 50.000 € zu veranschlagen und für das Jahr 2006 100.000 € einzustellen.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) Hst. 3221.9350 – Kitz-Galerie; Beleuchtung OG

Die FBW, die CSU und die UsW beantragen die Streichung der Mittel bei o.g. Haushaltsstelle aufgrund der Schließung der Einrichtung (500 €).

Die Streichung der Mittel in Höhe von 500 € wird vorgenommen.

d) Hst. 3331.9350 – Musikschule; Ersatz Aktenschränke

Die UsW beantragt die ersatzlose Streichung der Mittel in Höhe von 1.800 €.

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben im Haushalt 2004 enthalten.

f) Hst. 3331.9352 – Musikschule; Ersatz Musikinstrumente

Die UsW beantragt die Kürzung des Ansatzes 2004 in Höhe von 2.500 € um 50 %.

- Mit 17 : 10 Stimmen –

Der Ansatz bei Hst. 3331.9352 wird im Jahr 2004 auf 1.250 € gekürzt. In den Folgejahren verbleibt es bei der Pauschale von 1.000 € jährlich.

g) Hst. 3331.9461 – Musikschule; Neue Beleuchtungskörper

Die UsW beantragt die Streichung des Ansatzes (3.000 €) in 2004, da es ihrer Auffassung nach in den Zuständigkeitsbereich des Vermieters fällt.

Dipl.-Ing. Rützel teilt mit, dass die Maßnahme bereits im Jahre 2003 durchgeführt worden ist. Der Ansatz kann deshalb gestrichen werden.

h) Hst. 3501.9356 – Volkshochschule; Erneuerung EDV-Schulungsanlage

Die CSU, UsW und KIK beantragen die Verschiebung der in 2004 eingestellten Mittel von 15.000 € in das Jahr 2005.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen: Die vorhanden Rechner sind Anfang 2000 angeschafft worden. Da im Schulungsbereich die neuesten Betriebssysteme vorgehalten werden müssen, wird eine Ersatzbeschaffung in 2004 von der VHS für erforderlich gehalten. Eine genaue Klärung wird durch Herrn Zürrlein am 03.03.2004 erfolgen. Ein Beschluss erfolgt vorläufig nicht.

Hiermit besteht Einverständnis.

i) Hst. 3501.9352 – Volkshochschule; Unterrichtsmittel und technische Mittler
Hst. 3521.9350 – Stadtbücherei; Bewegliches Vermögen

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt nach, ob eine gemeinsame EDV-Anlage für die Volkshochschule und die Stadtbücherei installiert werden kann.
Amtsrat Hartner sagt zu, dies durch Herrn Zürrlein klären zu lassen und am 03.03.2004 darüber zu informieren.

Hiermit besteht Einverständnis.

j) Hst. 3501.9631 – Volkhochschule; Neue Beleuchtungskörper

Stadträtin Richter ist sich sicher, dass die VHS bereits eine neue Beleuchtung erhalten hat und fragt nach, für welche Anschaffung die eingestellten Mittel zur Verfügung stehen (1.000 €).
Dipl.-Ing. Rützel erklärt, dass es sich hierbei nicht um Beleuchtungen handelt, sondern um die Anschaffung einer Brandmeldeanlage, die die alte und defekte Brandmeldeanlage ersetzen wird.
Hiervon wird Kenntnis genommen. Die Mittel werden belassen.

k) Hst. 3521.9359 – Stadtbücherei; Pauschale für Bücher und Tonträger

Die CSU beantragt die Kürzung des Pauschalansatzes (20.500 €) für alle Jahre auf 15.000 €.
Die KIK beantragt die Kürzung um 25 %.
Die UsW beantragt eine Kürzung um 50 %.

Amtsrat Hartner liest die Stellungnahme der Stadtbücherei vor und geht insbesondere auf die Auswirkungen einer Kürzung ein.
Stadträtin Wallrapp bittet um Überprüfung der bestehenden Abonnements auf mögliche Kündigungen.
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene schlägt vor, die freie Verfügungsmasse 20 % zu kürzen. Seiner Auffassung nach müssen diese Anschaffungen in das Budget mit aufgenommen werden.
Stadträtin Wallrapp stellt abschließend den Antrag, den Ansatz um 3.500 € zu kürzen und die Abonnements auf mögliche Kündigungen zu überprüfen.

- Mit 1 : 26 Stimmen –

Der Ansatz bei Hst. 3521.9359 in Höhe von 20.500 € wird beibehalten.

- Mit 18 : 9 Stimmen –

Der Ansatz bei Hst. 3521.9359 wird ab dem Haushaltsjahr 2004 auf jährlich 17.000 € gekürzt.

l) Hst. 3651.9401 – Sanierung Heroldsgrab

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass die Sanierung des Heroldsgrabes anstatt 115.000 € nur 90.000 € kosten wird, sodass der Ansatz im Jahr 2004 von 50.000 € auf 25.000 € reduziert werden kann.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

m) Hst. 3700.9870 – Kirchen; Sanierung Laurentiuskirche Repperndorf und Evang. Stadtkirche Kitzingen

Die UsW beantragt die Verschiebung der in 2004 eingestellten Mittel (26.000 €) um ein Jahr aufgrund der schlechten Finanzlage der Kirche.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass der Vertreter der Kirchengemeinde der Stadt noch nichts dergleichen mitgeteilt hat.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fügt noch an, dass er aufgrund des Zeitungsartikels bereits den Ansatz in 2004 um 12.500 € gekürzt hat und den Ansatz 2006 um diesen Betrag erhöht hat. Dem wird zugestimmt.
Stadtrat Müller bittet noch darum, sich nochmals bei der Kirche zu vergewissern.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E) Einzelplan 4

a) Hst. 4606.9450 – Zentrale Anlaufstelle; Brandschutz und Sanierungsmaßnahmen

Die UsW beantragt die Überprüfung der Notwendigkeit und der Kosten der eingestellten Mittel durch einen SV-Bau.

Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass die genannten Auflagen für Brandschutz nicht generell in vollem Umfang auszuführen sind. Deshalb beantragt die UsW die Überprüfung.
Dipl.-Ing. Rützel sagt zu, dass dies für die noch kommenden Brandschutzmaßnahmen durchgeführt wird. Er weist darauf hin, dass die Maßnahmen in der zentralen Anlaufstelle bereits durchgeführt werden und daher eine Überprüfung nicht mehr sinnvoll ist.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) Hst. 4608.9350 – Kinderspielplätze; Ersatz von Spielgeräten

Die KIK beantragt die Kürzung des Ansatzes in 2004 von 10.000 € auf 5.000 €.

Aufgrund der entstehenden Diskussion einigt man sich auf eine Kürzung von 10.000 € auf 7.500 €.

Hiermit besteht Einverständnis.

Stadtrat Lorenz spricht in diesem Zusammenhang den Spielplatz in Hoheim an und fragt nach, warum hierfür keine Mittel eingestellt sind.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer regt an, dass im Jahr 2004 ein Beschlussentwurf über die notwendigen Maßnahmen vorgelegt wird und die Mittel hierfür bei Mehrheitsfähigkeit dann in den Haushalt 2005 eingestellt werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) Hst. 4609.9320 – Dezentrale Jugendtreffs

Die KIK verlangt eine Aufstellung der schon bestehenden sowie der noch geplanten dezentralen Jugendtreffs.

Von der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung bzw. der Aufstellung wird Kenntnis genommen (Veranschlagung entspricht der Beschlusslage).

e) Hst. 4645.9450 – Zuschuss für Umbau Kellerräume im Kindergarten Friedenskirche

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer informiert, dass bei Hst. 4645.9450 im Jahr 2004 ein Zuschuss von 67.000 € für den Umbau der Kellerräume im Kindergarten Friedenskirche eingestellt werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 21.03 Uhr.

Oberbürgermeister	Protokollführerin
gez.	gez.
Moser	Rose